

Volks-Zeitung

Erscheint täglich zweimal, Sonntage, Feiertage und Montage einmal. Abonnementspreise in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen...

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt U&K

Printen Montag, Dienstag bis 40 Pf., Mittwoch bis 40 Pf., Donnerstag bis 40 Pf., Freitag bis 40 Pf., Samstag bis 40 Pf., Sonntag bis 40 Pf.

Staatsstreich oder Abreise?

Die Hebergabe der Nacht an Karl angeblich erfolgt. — Truppenbewegung gegen Budapest? Eine Warnung der Botschafterkonferenz.

Reuter meldet aus Budapest: Korhly übertrug seine Macht an den Erzherzog. Garnisonen riefen Karl von Habsburg zum König aus. Truppen rücken auf Budapest an.

Hier liegt keinerlei Bestätigung der auswärts verbreiteten Meldungen vor, die zu berichten wissen, daß der ungarische Reichsverweser Korhly die Macht in die Hände des ehemaligen Königs zurückgelegt hat.

Wie verlautet, soll das sächsisch-würtembergische Ministerium beschlossen haben, dem Kaisertrift Pies einzuberufen und Eszegebin zu befehlen, falls König Karl den ungarischen Thron wieder besteigt.

Die Note der Botschafterkonferenz. Hinweis auf die „katastrophalen Folgen“.

Die Botschafterkonferenz hat heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Auf Verlangen des Präsidenten beschloß die Konferenz einstimmig, eine Note an Ungarn über den Restitutionsversuch des Erzherzogs Karl zu senden.

Zurück in die Schweiz?

Die „Das Neue Wiener Tagblatt“ von unternichteter Quelle erzählt, ist gestern nachmittags in Steinauer ein Abkommen über die Rückreise des Kaisers nach Prag ins Einvernehmen mit diesem getroffen worden.

Stetische Truppen sind gestern zur Verstärkung des Grenzschutzes nach der Dittmarsch abgegangen. Der Grenzverkehr zwischen Ungarn und der Steiermark ist unterbrochen.

Neue Sanktionen in Sicht?

Loucheur sagte im Senat, daß er seinerseits in der Kammer abschließlich im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten über die gegebenenfalls wegen der nicht genügenden Zahlungen Deutschlands zum Wiederaufbau zu ergehenden Maßnahmen gesprochen habe.

Die Errichtung der Zollgrenze.

Die Botschafterkonferenz beschloß heute vormittag mit der Frage der Errichtung einer Zollgrenze im Rheinland gemäß der Entscheidung der Londoner Konferenz. Die Konferenz hat dem amnestierenden Oberkommissar in den Rheinlanden, Zivard, für Frankreich und Robertson für England den Auftrag gegeben, mit Sachverständigen und zwar für Italien die Abreise für Belgien vorzubereiten.

Die Sicherungsmaßnahmen Oesterreichs. Regierungserklärung im Nationalrat.

Der Nationalrat hielt heute eine Sitzung ab, um dem Restitutionsversuch des Erzherzogs in Ungarn Stellung zu nehmen. Die Grundlage der Debatte bildete ein dringlicher Antrag der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß die Regierung alle erforderlichen militärischen Vorbereitungsmaßnahmen zum Schutze der Grenze gegen Ungarn ergreife.

Der Nationalrat hielt heute eine Sitzung ab, um dem Restitutionsversuch des Erzherzogs in Ungarn Stellung zu nehmen. Die Grundlage der Debatte bildete ein dringlicher Antrag der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß die Regierung alle erforderlichen militärischen Vorbereitungsmaßnahmen zum Schutze der Grenze gegen Ungarn ergreife.

Die politischen Landesversprechungen.

Der hier erscheinende „Aurifer Blätt“ bringt folgende Meldung: Alle durch einzelne Kapitulationen auf Verfügung des polnischen Plebiszitkommissars vorgenommenen Karzeilerwerbungen von Land und Rittergütern sowie sonstigen Grundbesitz sind von dem Doppelner Departement für innere Angelegenheiten bei der interalliierten Plebiszitkommission annulliert worden.

Der Terror um Liebenwerda.

Die Rote hat sich seit gestern mittoch verschärft. Die zum Teil bereits abgegebenen Waffen wurden bei den Behörden wieder herausgeholt. Die nunmehr Bewohnenden stehen zum größten Teil unter der Führung landfremder Verbrecher. In Bodwitz fanden Hausdurchsuchungen statt.

Oberschlesien ist unteilbar!

Anton Erkelenz, M. d. R.

Die Fragen, wie Oberschlesien nach der Abfirmung zu behandeln ist und welche Folgen aus der Abstimmung im Sinne und Geiste des Versailler Vertrages zu ziehen sind, lassen sich ganz einseitig beantworten. Sie entscheiden sich nach drei Maßstäben, die alle ganz einwandfrei zu dem Ergebnis führen: Oberschlesien gehört zu Deutschland.

1. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker: Die Oberschlesien Bevölkerung ein besonderes Volk mit hohem Eigenleben und besonderer nationaler Kultur ist, kann heute auf sich beruhen lassen. Die Väter des Friedensvertrages von Versailles haben die Oberschlesier als ein eigenes Volk betrachtet und ihm die Entscheidung über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen freigestellt.

2. Oberschlesien als Wirtschaftsgebiet: Warum hat man aus dem deutschen Bezirk das Stück Oberschlesien in der Größe und in der Grenzführung herausgeschnitten, so wie es jetzt abgetrennt hat? Deshalb das wirtschaftlich, ohne Grund? Deshalb es etwa bloß, damit die wenigen überwiegen polnischen Teile auch noch eine gute Mitteln in Polenreich bringen könnten? Eine solche Annahme hieße doch die Wirtschaft der Provinz, Land, Wald, Gärten, Gärten, Gärten, Gärten, denn sie betrachten sich als Sendlinge ihrer freien Völker, um Unrecht, Gewalttat, nationale Unterdrückung abzuwenden und die Freiheit zu schaffen.

3. Der politische Maßstab: Sollen wir uns an ein Beispiel, das uns die Väter des Versailler Vertrages selbst gegeben haben. Als das Polen- und Bromberger Gebiet, als große Teile Westpreußens zu Polen geschlagen wurden, als man Danzig aus dem Leibe des Muttervolkes herausriß, geschah es aus politischen Gründen. Gewiß, sie waren und sind falsch, aber die „Verren der Welt“ haben sie für richtig befunden. Wer will uns hindern, nun dieselben Gründe für uns zu verlangen, die in anderen Gebieten gegen uns auszusprechen? Im Polenfall, im Westpreußenfall und in Danzig hat keine Abstimmung stattgefunden. Es ist sehr fraglich, ob sie eine polnische Mehrheit ergehen hätte. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker fand keine Anwendung. Und zwar aus politischen Gründen, vor allem, weil Polen seinen „Korridor“ zum Meer und seinen Seehafen haben sollte. Die ober-schlesische Industrie, die ober-schlesischen Arbeiter, die ober-schlesischen Bauern — haben ein geschäftliches Interesse an ungehindertem Zugang zu einem Korridor zur deutschen Wirtschaft und zur deutschen Kultur. Umgekehrt hat auch Deutschland und das deutsche Volk ein ungehindertes Recht auf freien Zugang zu seinen ober-schlesischen Volksgenossen. Könnte jemand auf den Gedanken kommen, Gründe der politischen Lage hätten nur Geltung, wenn sie Polen nützen? Kann jemand annehmen, politische Gründe dieser artigen Art könnten es rechtfertigen, daß ober-schlesische Industrie und Kulturgebiet durch Eingliederung in die polnische Wirtschaft zu zerfallen? Kann man den Franzosen zumuten, auf den Erfolg der von ihnen